

Gewerkschaft für Arbeitslose?



Hans-Hagen Härtel

Der Rekordstand von 4,8 Mill. Arbeitslosen im Januar wurde in der Öffentlichkeit zwar als Alarmzeichen kommentiert, doch scheint es, daß diese Reaktion inzwischen zum monatlich wiederkehrenden Ritual gehört, mit dem die Republik zu verbergen versucht, daß sie sich mit dem „Skandal“ der Arbeitslosigkeit abgefunden hat. Selbst der Bundeskanzler verzichtet inzwischen auf seinen gewohnten Optimismus und ist von der Zielvorgabe abgerückt, die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 zu halbieren. Der Hinweis, daß der Anstieg im Januar gegenüber Dezember deutlich geringer als saisonüblich ausgefallen ist und daß inzwischen manche Firmen nicht mehr von Entlassungen, sondern von Einstellungen berichten, würde ihm sicherlich als Schönfärberei ausgelegt. Bemerkenswert ist aber doch, daß kaum jemand die Bundesregierung danach fragt, was denn falsch gelaufen ist und ob das Ziel nur vertagt oder ganz aufgegeben worden ist. Dies deutet auf Fatalismus hin.

Die Fatalisten können sich auch von Meldungen bestärkt fühlen, wie beispielsweise der, daß die Hoechst AG ihre Belegschaft um 20 000 Mitarbeiter reduzieren wird. Hier lohnt sich aber näheres Hinsehen. Der geplante Abbau ist nämlich nicht auf Personaleinsparungen zurückzuführen, sondern auf den Verkauf von Betriebsteilen, der mit der vom Vorstand angestrebten Konzentration auf das Kerngeschäft verbunden ist. Bedeutsamer ist deshalb der Hinweis des Vorstandsvorsitzenden, daß Hoechst auch bei einer kräftigen Umsatzsteigerung in seinem Kerngeschäft die Belegschaft nicht aufstocken werde. In gleicher Richtung äußerten sich auch andere Unternehmen aus der chemischen Industrie, obwohl sich dort das Exportgeschäft schon früh wieder belebt hat und die Gewinne deutlich gestiegen sind und obwohl die Bundesregierung sich nach Kräften um den Abbau von Investitionshemmnissen bemüht und die IG Chemie bei den Tarifvereinbarungen der Beschäftigungssicherheit hohe Priorität eingeräumt hat. Es mag sein, daß die Firmen- und Verbandsvertreter mit ihrer Skepsis die Aussichten für die eigene Branche richtig einschätzen, doch es grenzt schon an Nabelschau, wenn der Chef der Hoechst AG die Lage seines Unternehmens und seiner Branche auf die gesamte Volkswirtschaft überträgt und ausdrücklich vor der Erwartung warnt, die Arbeitslosigkeit lasse sich mit mehr Dynamik reduzieren.

Der Blick über die Grenzen lehrt etwas anderes. Im Durchschnitt der zehn Jahre zwischen 1986 und 1995 lag die Arbeitslosenquote der Bundesrepublik nach der Berechnung der OECD mit rund 6% gleichauf mit den USA noch deutlich unter dem Niveau der europäischen OECD-Länder (rund 9%). Inzwischen liegt sie in Deutschland mit 10% im europäischen Durchschnitt und ist doppelt so hoch wie in den USA. Unter den europäischen Industrieländern weist nur Schweden (von 5% auf 10%) eine noch ungünstigere Entwicklung auf; dort hat die Regierung durch eine harte Austeritätspolitik, von der der Sozialbereich keineswegs ausgenommen wurde, die Arbeitslosigkeit manifest werden lassen, die zuvor durch arbeits- und sozialpolitische Instrumente verdeckt war. Diese beiden Länder bilden zusammen mit Spanien (20%), Finnland (13%), Frankreich (12,5%), Italien (12%), Griechenland (10,5%), Irland (10%) und Belgien (9,5) in Europa die Problemgruppe; von diesen Ländern hat nur Irland einen Rückgang (von 15% auf 10%) zu verzeichnen. In den anderen

europäischen Ländern ist die Arbeitslosenquote dagegen teils deutlich gesunken (Dänemark von 10% auf 6%, Großbritannien von 9,5% auf 7% und die Niederlande von 7% auf 5%), und teils liegt sie schon seit längerer Zeit auf oder unter dem amerikanischen Niveau von 5% (Norwegen, Österreich, Schweiz, Luxemburg und Portugal). In Europa hat sich also eine markante Zweiteilung herausgebildet, wobei die großen Länder mit Ausnahme von Großbritannien zur Problemgruppe gehören.

Anstatt auf die erfolgreichen Länder blickte die deutsche Öffentlichkeit in den letzten Wochen jedoch gebannt auf Frankreich, wo weder die Sozialisten noch die Bürgerlichen ein Mittel gegen die permanent hohe Arbeitslosigkeit gefunden haben und wo die Regierung es nunmehr mit einem deutschen Rezept, dem Übergang auf die 35-Stunden-Woche, probieren will. Mit einer Mischung aus Bewunderung und Besorgnis wurde in Deutschland der Versuch der Arbeitslosen zur Kenntnis genommen, ihr Schicksal durch öffentlichen Protest selbst in die Hand zu nehmen. Mit dem Blick auf die Endphase der Weimarer Republik, als die Arbeitslosen in Scharen auf die Straße gingen, wurde schon häufiger verwundernd die Frage gestellt, warum in Deutschland der Anstieg der Arbeitslosigkeit bislang so ruhig hingenommen wurde, selbst in den neuen Bundesländern, wo inzwischen jede fünfte Arbeitskraft als arbeitslos registriert ist.

Diese Ruhe ist keineswegs das Ergebnis deutscher Ordnungsliebe oder Staatsfrömmigkeit. Deutsche Arbeitnehmer sind sehr wohl bereit, ihren Interessen auch auf der Straße Nachdruck zu verleihen, sofern es um die Abwendung von Betriebsschließungen geht. Sie erwarten auch von den Gewerkschaften den Abschluß von Tarifverträgen, die ihre Arbeitsplätze sichern, zumindest nicht gefährden. Allerdings haben in den Gewerkschaften die Interessen der beschäftigten Arbeitnehmer deutlich Vorrang gegenüber den Interessen der Erwerbslosen. Bezeichnend hierfür ist, daß einige Gewerkschaften just in dem Moment das „Ende der Bescheidenheit“ proklamierten, als die Gefährdung der Arbeitsplätze aufgrund der konjunkturellen Erholung nachzulassen begann.

Bietet nun der Versuch, die Arbeitslosen nach französischem Beispiel zur Artikulation ihrer Interessen zu organisieren, eine realistische Chance, diese Insider-Outsider-Problematik aufzulösen? In der politischen Auseinandersetzung würde ein Verband der Arbeitslosen sicherlich alle Initiativen bekämpfen, die den Druck auf die Arbeitslosen erhöhen würden: Einsparungen bei der finanziellen Absicherung und Verschärfung von Zumutbarkeitsregelungen. Die Arbeitslosen konnten in Frankreich nicht zuletzt deshalb viel stärker als in Deutschland mobilisiert werden, weil ihre finanzielle Absicherung deutlich niedriger ist. Sie fanden dabei auch Rückhalt in der erwerbstätigen Bevölkerung. Dies erklärt sich nicht nur aus Sympathie, sondern auch aus Eigeninteresse: Viele Beschäftigte könnten selbst ihren Arbeitsplatz verlieren, und eine großzügige Absicherung begrenzt die Konkurrenz der Arbeitslosen um die Arbeitsplätze. Wollte ein Verband der Arbeitslosen nicht nur zu einer besseren Verwaltung der bestehenden Arbeitslosigkeit, sondern auch zu deren Überwindung beitragen, dann müßte er danach trachten, daß seine Mitglieder auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig werden. Er müßte sich gleichsam als Gewerkschaft der Arbeitslosen verstehen, die mit den Arbeitgebern Löhne und Arbeitsbedingungen aushandelt, die ihren Mitgliedern Beschäftigungschancen eröffnen.

Die Idee einer Gewerkschaft der Arbeitslosen ist natürlich nur ein Gedankenexperiment. Es soll aber deutlich machen, daß es nicht ausreicht, die Arbeitslosen dazu zu ermuntern, durch Demonstrationen und Organisation ihre Stimme und ihr Gewicht im politischen Kampf zu verstärken. Wichtiger ist das Nachdenken über Möglichkeiten, wie die Arbeitslosen ihre Interessen auch bei der kollektiven oder individuellen Aushandlung von Arbeitsverträgen besser wahrnehmen können. Dazu besteht schon deswegen Anlaß, weil sich das Machtgefälle zwischen Insidern und Outsidern durch die Abkehr von flächenweiten Tarifverträgen zugunsten von Betriebsvereinbarungen noch verstärken wird. Während nämlich die Gewerkschaften arbeitslos gewordene Mitglieder nicht völlig ignorieren können und Interesse an neuen Mitgliedern haben, gibt es für die Betriebsräte keinen Anreiz zu einer Interessensabwägung zwischen Insidern und Outsidern. Im Gegenteil: Für die Stammebelegung sind Außenstehende im Zweifel potentielle Konkurrenten.